

Klimaziel 2030: Ein Drittel weniger Kfz-Verkehr in Baden-Württemberg



Von CANTALOOP | So sieht es also aus, das große climatechnische „Sektorziel“ der baden-württembergischen Grünen: In knapp zehn Jahren wollen sie den schwäbischen Hightech-Standort Stuttgart in ein Fußgänger- und Fahrradfahrerparadies verwandeln. Geplant ist, dass zukünftig bis zu 40 Prozent weniger CO₂ ausgestoßen werden soll. Wie man diese Differenz allerdings messen will, ist noch unklar. Hat doch die gesamte Prüfmethodik der Landesführung zur Durchsetzung der Diesel-Fahrverbote aufgrund speziell aufbereiteter Ergebnisse bereits in der Vergangenheit für großes Misstrauen gesorgt.

Landesverkehrsminister Winfried Hermann, seines Zeichens ehemaliger Deutschlehrer, bekennender DUH-Fan und ein überzeugter „Sponti“ der ersten Stunde, der einst damit drohte, im Falle einer Baugenehmigung für den Stuttgart 21-Bahnhof vom Amte zurückzutreten, gilt als treibende Kraft hinter all diesen Aktionen. Zum Nachteil derjenigen, die aufs Kfz angewiesen sind. Eigenen Angaben zufolge ist es sein Anliegen und sein persönlicher Ehrgeiz, die gesamte Region Stuttgart zum Pionier für Fahrrad-Infrastruktur und selektiver Elektromobilität zu machen. Gegen alle bürgerlichen Widerstände, wohlgemerkt. Er gilt darüber hinaus als ausgesprochener Technik-Feind, Reformblockierer und Autohasser. Und verfügt derzeit über mehr Macht, als uns allen

lieb tut.

Ein älteres Zitat der FAZ im Wortlaut: „Hermann ist neben seiner Staatssekretärin der einzige Vertreter des linken Flügels seiner Partei in der Regierung. Deshalb wird Ministerpräsident Kretschmann ihn so schnell nicht auswechseln können, aber den Ruf eines neutralen Ministers mit fachlicher Autorität dürfte sich Hermann so schnell nicht mehr erarbeiten können.“

Grünsein: der neurotische Versuch alternativ Lebender, sich der eigenen Unverwechselbarkeit zu versichern.

Gemäß Tübinger Vorbild sollen deshalb zukünftig viele innerstädtische Straßen für den PKW-Verkehr gesperrt, bzw. den vorhandenen Hauptstraßen Fahrspuren zugunsten von Fahrradwegen „abgezweigt“ werden. Parkplätze, auch vor Wohngebäuden, sollen allmählich verschwinden und Geschwindigkeitsreduzierungen bis hin zum Schritt-Tempo, sind ebenfalls angedacht. Kein Diesel unter Euro 6 kommt mehr in die City.

Die Intention dahinter: die Autofahrer sollen so lange schikaniert und zermürbt werden, bis sie von ganz alleine der Stadt fernbleiben. Ob Einzelhandel, Arbeitgeber oder auch Gastronomie davon ebenso begeistert sind, wie die scharflinken Öko-Sektierer, darf bezweifelt werden.



Verkehrsminister Hermann zeigt das „Neue Gesicht der Mobilität 2030“.

Stuttgart ist jedoch nur eines von vielen Beispielen kommender Deindustrialisierung und Rückabwicklung von profitablen, urbanen Wirtschaftszonen. Ineffizienter Öko-Schwachsinn und sozialistische Planwirtschaft gehen bei vielen grünlinken Amts- und Mandatsträgern bekanntlich Hand in Hand. Kein Land der Welt schickt sich an, seine Schlüssel-Industrien derart zu bekämpfen, wie das vollkommen klimahysterische und von zahlreichen „grünen Influencern“ durchsetzte Deutschland.

Um aus Rückschritt Fortschritt zu machen, hilft ein Klimanotstand

Während uns einstige „Schwellenländer“ wie China, Indien oder selbst Brasilien wirtschaftlich immer mehr abhängen, wollen Bio-Fanatiker im ministerialen Gewande Fahrrad-Verkehr, Drogenfreigabe und Öko-Landbau zum allgemein gültigen Standard

erheben. Sie haben längst kein Bewusstsein mehr für die tatsächlichen Bedürfnisse der Bürger, keinerlei Selbstreflektion – und schon gar keine Einsicht in von ihnen begangenes Unrecht. Als Quellenangabe genügt ihnen meist ihr eigenes Wunschdenken. Muffig-grünes, überprivilegiertes und besserwisserisches Genossen-Establishment eben.

Aktuell hat wie zur Bestätigung dieser Hermannschen Thesen das Europäische Parlament den sogenannten Klimanotstand ausgerufen. Damit könnten auf EU-Ebene in naher Zukunft sogar Notstandsgesetze erlassen werden, Privat-Verkehr komplett gestoppt und demokratische Rechte grundlegend eingeschränkt werden. Wie überaus praktisch für unser sowieso schon totalitär eingestelltes Alt-Parteienkonglomerat.